

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/122: 13.02.1990 – 21.06.1990

1990

Die DDR wird nur bis zum 7. Oktober 2014 bestehen. Warum nicht länger? Da wird sie 65 und darf ausreisen.
Flüsterwitz in der DDR

13.02.1990

Kanada: Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbaren am 13. Februar 1990 in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

12.03.1990

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtet am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fallen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt.

Zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges, denen nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Reparationen zustanden, zählte auch Australien. Dort wurde 1947 die Idee geboren, das besiegte Reich zur Behebung eines der ehemaligen Strafkolonie angeborenen Mangels heranzuziehen:

In Australien gab es seit jeher zu wenig Frauen. In Deutschland hingegen herrschte, so die Überlegung, angesichts der Millionen gefallenen, gefangenen und zur Zwangsarbeit verschleppten Männer Frauenüberschuß. Also könnten die Deutschen doch statt Reparationen 200.000 Mädchen schicken. Die sollten freilich nicht älter als zwölf Jahre sein, weil sonst zu große Gefahr bestünde, daß sie den NS-Bazillus auf den fünften Kontinent einschleppten.

Im Gegensatz zu sonstigem Aberwitz bei Reparationsforderungen hatte diese Vision von einer germanischen Blutauffrischung fürs andere Ende der Welt, die auch von Himmler hätte stammen können, nie Aussicht auf Verwirklichung. Andere Horror-Ideen, wie jene des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland auf ein Weideland reduzieren wollte, wurden zumindest im Ansatz durchaus realisiert.

Die Briten demontierten nicht nur massenhaft Fabriken, Werften und Kräne. Sie schlugen in einem "Operation Buntspecht" genannten Raubzug norddeutsche Wälder kahl, weil, so der ehemalige Ackerbauminister Hudson, "die Deutschen sich hübsch dahinterzuklemmen haben, das zu liefern, was wir für unseren Wiederaufbau brauchen" - und dazu "werden wir auch rücksichtslos die deutschen Bäume fällen".

In Südwestdeutschland holzten die Franzosen in den Forsten und beschlagnahmten als "ge-

fährliche Industrie" etwa Geräte der schwäbischen Uhrenhersteller, da damit ja auch Zeitzylinder hergestellt werden könnten. Die Russen, die allein im Februar 1947 über den Bahnhof Frankfurt/Oder 11.000 Güterwaggons voll Reparationsbeute gen Osten schafften, reduzierten die Reichsbahn in ihrer Zone auf eingleisigen Betrieb. Mit den Zügen transportierten sie auch die Schienen ab. Daß aus Magdeburg bis Ende 1946 Lieferverpflichtungen über 133.000 Hektoliter Rohspiritus in die UdSSR vorlagen, gab bei allem Elend Anlaß zu bitteren Witzen über den "Iwan".

Überhaupt nicht mehr lachen konnten die darbenenden Deutschen nach Hitlers verlorenem Krieg darüber, daß auch allerlei exotische Mitglieder der Siegerkoalition von insgesamt 53 Staaten Ansprüche anmeldeten: Guatemala etwa rechnete seine Reparationsforderungen auf 85 Millionen Dollar hoch, obwohl es mit den Deutschen den ganzen Krieg lang nichts zu schaffen gehabt hatte. Aber, so die Begründung der mittelamerikanischen Mitsieger: Sie hätten allerlei kriegswichtige Straßen durch den Busch hauen müssen.

Titos Jugoslawien schätzte seine Kriegstoten auf 1,7 Millionen - so viele erschienen in der Statistik als "demographischer Verlust", von Jugoslawen massakrierte Volksdeutsche inklusive - und leitete daraus 1947 einen Schaden von 46,9 Milliarden Golddollar ab, eine Währung, die es längst nicht mehr gab.

Gleichwohl wurde die Forderung, von der sich der Tito-Staat "ewigen Wohlstand" ohne Steuern versprach, bei der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) eingereicht, in deren Büchern sich innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung 1946 Rechnungen im Gesamtbetrag von über 300 Milliarden Dollar ansammelten, deren Begleichung von den geschlagenen Deutschen verlangt wurde - obwohl die Alliierten in Jalta ihnen zunächst "nur" 20 Milliarden Dollar Kontribution auferlegt hatten, davon die Hälfte für die Sowjetunion.

1953 - Deutschland war längst geteilt und jeweils wichtige Säule der Besatzer in ihrem Kalten Krieg gegeneinander - verzichteten die Sieger auf weitere Reparationen, freilich unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung bei einem Friedensvertrag:

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden.

"Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dieses Faß wieder zu öffnen", polterte der FDP-Graf Lambsdorff vergangene Woche vor der Fernsehkamera und fragte sich, wer jetzt wohl noch Forderungen stellen werde. Mit Costa Rica griff er sich freilich einen unge-

eigneten Verdächtigen - die zentralamerikanische Republik war nur in den Krieg gegen Japan eingetreten.

Auf die fatale Idee, das Wort Reparationen aus der Kiste zu zaubern, war jener promovierte Zeitgeschichtler gekommen, der, wie von einem Fluch behext, meist auf dem Bauch landet, wenn er's mit der Zeitgeschichte hat: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Der Regierungschef, dem in Israel einfiel, die ihm zuteil gewordene "Gnade der späten Geburt" zu preisen, die seine Generation von Verantwortung für die Nazi-Greuel rette, der den US-Präsidenten Ronald Reagan zum Defilee auf den Bitburger Soldatenfriedhof mit seinen SS-Gräbern nötigte, der den Reformier Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich, der noch in der DDR der achtziger Jahre KZs ausmachte und in Polen ausgerechnet den schlesischen Annaberg, die Triumphstätte deutschnationaler Freikorps, besuchen wollte:

Dieser Kanzler krönte seinen monatelangen Eiertanz um die Oder-Neiße-Grenze, mit dem er weltweit kaum wiedergutzumachenden Schaden über die Deutschen brachte, mit der Forderung, Polen müsse für eine Anerkennung der Grenze auf Reparationen verzichten.

Indem der Bonner Kanzler ohne jede Not das tückische Stichwort wieder aus der Versenkung holte, weder politisch noch rational zu erklären, öffnete er alle Schleusen - nun kommen auf ein vielleicht bald vereintes Deutschland neue Phantasieforderungen in dreistelligen Milliarden-Summen zu, die abzuwehren aufgrund von zahllosen Präzedenzfällen nicht leicht werden wird.

Von Albanien, das sich zwei Milliarden Dollar Wiedergutmachung ausrechnete, über Finnland, das, unter anderem, Ersatz für 24.000 Rentiere haben möchte, die deutsche Truppen 1944 beim Rückzug in Lappland abschossen, bis zu Millionen Zwangsarbeitern und ihren Erben, deren Forderungen sich auf viele hundert Milliarden Mark summieren, wollen alle ans große Geld der reichen Deutschen, die ja bald noch reicher sein werden.

Nicht, daß viele dieser Forderungen nicht ohnedies bei manchen Regierungen, etlichen Vereinen und zahlreichen Advokaten herumgespuht hätten. Aber das sinnlose Herumlavieren des Weltstaatsmannes aus Bonn mit der Polen-Grenze samt seiner Reparationsgegenrechnung hat alle Welt zu Aufrechnungen ermuntert, die viel leichter abzuwehren gewesen wären, hätte der Kanzler mit einer sofortigen klaren Anerkennung der Nachkriegsrealitäten von sich aus einen Schlußstrich gezogen.

So aber werden sich trotz aller verzweifelten Bonner Bemühungen, den Geist wieder in die Flasche zurückzustopfen, auch noch künftige deutsche Regierungen mit dem ebenso uner-schöpflichen wie unlösbaren Thema Reparationen herumschlagen müssen.

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. Das Reparationskarussell der zwanziger Jahre bewies zudem, daß die Begierden der Sieger und der Leistungswille der Unterlegenen nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sind, und zeigte, daß nie auch nur annähernd Einigung darüber zu erzielen war, wieviel nun tatsächlich zu bezahlen sei oder bezahlt wurde.

Die gesamten Forderungen an das geschlagene Kaiserreich erreichten nach Versailles astronomische Summen. Während Deutschland zunächst eine Verpflichtung über 100 Milliarden

Goldmark einging, rechneten die Sieger 1921 eine genaue Schuld von 132 Milliarden aus. Laut deutscher Berechnung wurden davon bis 1924 - als mit dem sogenannten Dawes-Plan ein wirtschaftlich vertretbarer Zahlungsplan aufgestellt wurde - 42 Milliarden Goldmark tatsächlich bezahlt. Die Sieger, die nach einem Wort des Britenpremiers Lloyd George Deutschland als Kuh betrachteten, "die gleichzeitig Milch und Beefsteak liefern soll", wollten aber nach ihren eigenen Kalkulationen nur knapp zehn Milliarden bekommen haben.

Das Gefeilsche zog sich über Inflation bis zur Wirtschaftskrise hin, dem Dawes folgte der Young-Plan, Kredite wurden gewährt, um Zinszahlungen zu ermöglichen, Zahlungsfristen geändert und Beträge gestundet. 1932 schließlich wird ein Ende der Reparationen vereinbart.

Gelernt hatten die Sieger nichts daraus. "Die Geschichte hat sich nicht nur in der deutschen Niederlage wiederholt", klagte am Ende des Zweiten Weltkriegs der US-Ökonom Jacob Viner, "sie wiederholt sich auch beim deutschen Reparationsproblem, das zu einem dritten Weltkrieg führen kann."

Davor stand dann die Eröffnung neuer Fronten zwischen den Siegern - aber das konnten die 53 Staaten, die sich 1945 über die deutsche Beute hermachten, noch nicht wissen. Die Besatzer bedienten sich selber nach Belieben, vor allem die Sowjets, denen die Westalliierten nach Beginn der Berlin-Blockade 1948 endgültig den vereinbarten Beuteanteil aus ihren Zonen vorenthielten.

All jene, die keinen direkten Zugriff auf die Beute hatten, meldeten bei der Reparationsagentur IARA ihre zum Teil abenteuerlichen Forderungen an. Um Anteile an dem Kuchen kam es regelmäßig zum Streit. Ein Schiff, das Albanien zugesprochen wurde, kam dort nie an - die Jugoslawen fanden, Albaner könnten es gar nicht bedienen, und behielten es selbst. Tito-Emissäre kämmteten die Reste des Reiches nach angeblich aus Jugoslawien verschleppten Schätzen durch, und erfreuten den Partisanenchef etwa mit kostbaren Gemälden von Rembrandt und Velazquez, die noch nie in Jugoslawien gewesen waren.

Indien erhielt demontierte deutsche Industriewerke, darunter eine Sprengstofffabrik. Als im Gefolge der Entkolonialisierung auf dem Subkontinent der neue Staat Pakistan entstand, klagte auch der seinen Anteil an der deutschen Beute ein. Eine rühmliche Ausnahme war Indiens Friedensapostel Mahatma Gandhi: Er appellierte schon 1947 an seine Landsleute, auf deutsche Reparationen aus "moralischen Gründen" zu verzichten, da "Deutschland heute zu den unterdrückten Nationen zählt".

Verzichtet hat auch Südafrika. Griechenland hingegen ließ seine Industrie-Beute im Hamburger Hafen verrotten, später verscherbelten Spekulanten das Beutegut an britische Interessenten.

Immer öfter lehnten sich deutsche Arbeiter gegen die Massendemontage auf, die allein in den Westzonen zunächst 1.800 Betriebe betreffen sollte. Nicht nur, daß ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze genommen wurden, sie mußten dabei auch noch mitschufden. Zeitweise waren Zehntausende Deutsche damit beschäftigt, ihre Fabrikanlagen für den Abtransport ins Ausland zu zerlegen.

Als die Engländer aus dem Ruhrgebiet eine besonders schwere Schmiedepresse abtransportieren wollten, mußte dafür eine Brücke verstärkt werden. All das trieb die tatsächlichen Reparationskosten in astronomische Höhen.

Ab 1947 kam es zunehmend zu Streiks und Blockaden der betroffenen Belegschaften. Vereinzelt setzte es für alliierte Demonteuere Hiebe, die von Militärgerichten streng geahndet wurden. Schließlich waren es die Amerikaner, die darauf drängten, der Demontagewillkür ein Ende zu setzen. Sie fanden sich selber in der absurden Situation, daß sie mit Marshallplan-Milliarden den Wiederaufbau Westdeutschlands betrieben, während ihre Verbündeten noch eifrig mit dem Abbau beschäftigt waren. So kam es 1953 zu jenem Londoner Schuldenabkommen, auf das sich Bonn heute beruft, wenn es verkündet, die Reparationsansprüche aus dem Zweiten

Weltkrieg seien damit erledigt.

Nur stimmt das nicht. Erstens heißt es im Artikel 25 des Vertrages, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Abkommen zu überprüfen sei. Zweitens haben die Deutschen auch danach noch oft selbst in die Tasche gegriffen, unter politischem, moralischem oder juristischem Zwang, aus Billigkeit oder menschlichen Erwägungen.

So zahlte Bonn nach dem Londoner Vertrag noch pauschale Entschädigungssummen für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" an seine westlichen Nachbarn: 400 Millionen an Frankreich, 125 an die Niederlande, 115 an Griechenland, 80 an Belgien, 60 an Norwegen, 18 an Luxemburg, 16 an Dänemark, 11 an England, 10 an die Schweiz und eine Million an Schweden.

Es leistete Wiedergutmachung an einstige Verbündete, die ihrerseits wieder Reparationen an die Sieger zu leisten hatten - etwa an Ungarn oder Italien.

Obwohl Konrad Adenauer gegiftet hatte, wenn etwa Österreich Reparationen verlange, werde man der einstigen Ostmark die "Jebeine Adolf Hitlers" zustellen, erhielt auch Wien 101 Millionen Mark - als "Beitrag zur österreichischen Wiedergutmachung".

So wurde die Entschädigung, von der Bundesregierung selbst als "historisch einzigartige Leistung" gerühmt, zum Faß ohne Boden. Allein 80 Milliarden verschlang die individuelle Entschädigung von Opfern des NS-Regimes.

Aus "humanitären Gründen" zahlte Bonn auch an Opfer von ehemaligen Verbündeten, wenn deren Lobby nur stark genug war.

1959 zum Beispiel wurden vom Kabinett "Härteleistungen für sogenannte Wapniarka-Geschädigte" beschlossen: Die mit Hitler verbündete rumänische Regierung hatte in ihrem KZ Wapniarka inhaftierte Juden 1943 mit verdorbenen Kichererbsen ernährt, die, eigentlich als Tierfutter vorgesehen, von der Lagerverwaltung auf dem Bahnhof der Stadt requiriert worden waren.

Dies führte bei vielen Häftlingen zu Lähmungen. Überlebende Wapniarka-Insassen wanderten nach dem Krieg nach Israel aus, fielen dort aber nicht unter die von Bonn geleistete Entschädigung für jüdische NS-Opfer.

"Obwohl die Gesundheitsschäden der ehemaligen Häftlinge des Lagers Wapniarka ausschließlich auf Verfolgungsmaßnahmen des damals souveränen rumänischen Staates zurückzuführen sind", wie die Bundesregierung betonte, erklärte sie sich "ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs" bereit, in besonderen Notfällen mit jeweils 5.000 Mark zu helfen. Bis Ende 1986 wurden aus diesem Titel 2.420.500 Mark ausgezahlt.

Von cleveren US-Anwälten bedrängt, zahlt Bonn Renten an in Amerika lebende Juden. Die Bundesrepublik anerkannte nach Francos Tod Entschädigungen an republikanische Spanier, die während des Spanischen Bürgerkriegs und danach unter deutschem Terror litten - es trafen dazu immerhin über 13.000 Anträge ein.

Bonn beugte sich, wenn auch nur zögernd, Forderungen verfolgter Sinti und Roma - Folge: etwa 4.000 Anträge. Es zahlte - trotz des polnischen Verzichts, dessen Gültigkeit die Bundesregierung nun beschwört - 100 Millionen für polnische Opfer von Medizinversuchen in Konzentrationslagern.

Nachdem die Regierung Brandt mit Polen den Warschauer Vertrag geschlossen hatte, überwies Bonn 1,3 Milliarden Mark für polnische Rentner. Die Auszahlung dieser Gelder an die Berechtigten führte in Polen zu Konflikten, die bis heute andauern, da der Staat die Summe in Devisen bekam, die Menschen aber mit Zloty zu miesem Kurs bediente.

Ähnlich geschah es in Belgrad, wo Kanzler Brandt den Präsidenten Tito 1973 mit einem Kredit von einer Milliarde Mark bedachte, wofür Jugoslawien sich verpflichtete, "die Entschädigungsfrage nicht mehr zu stellen". Kein jugoslawischer Geschädigter sah je einen Pfennig davon.

Die Ostverträge schienen manchen Regierungen Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen - CDU-Politiker, die sie zu Fall bringen wollten, malten damals das Schreckgespenst von 100 Milliarden Kosten an die Wand. Doch Bonn wehrte alle Reparationsverlangen prinzipiell ab - als Albanien etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Milliarden honoriert sehen wollte oder Libyens Oberst Gaddafi Geld aus Bonn für die vom Afrikakorps in der Wüste vergrabenen Minen begehrte.

Später, als die Frage der Zwangsarbeiter hochkam, die deutsche Weltfirmen sich aus Himmels Konzentrationslagern billig besorgt hatten, überwies einzelne Firmen widerwillig und "ohne Rechtsanspruch" symbolische Beträge: I.G. Farben, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall 50,5 Millionen, Feldmühle-Nobel fünf Millionen, Daimler-Benz - erst 1988 - 20 Millionen Mark.

Die Revolution in Osteuropa eröffnete den Menschen auch die Freiheit, individuelle Ansprüche zu erheben. Warschauer KP-Regierung hatte es den polnischen Zwangsarbeitern jahrelang verboten, sich zu organisieren und Wiedergutmachung zu fordern. 1987 erlaubte sie die Gründung einer "Gesellschaft der vom Dritten Reich ausgebeuteten Polen", die ihren Sitz im Justizministerium nahm. Die Gesamtrechnung der Polen erreicht die gigantische Summe von 537 Milliarden Mark, die nun notfalls vor der Uno eingeklagt werden soll.

Die Regierung Mazowiecki machte sich Forderungen ihrer von den Nazis ausgebeuteten Bürger im Prinzip zu eigen. Als Polens Premier den Kanzler bei seinem Besuch im vorigen Herbst darauf am 14. Februar in Bonn ansprach, sagte Kohl zu, die Frage "zu prüfen". Wieder zu Hause, sah er dafür freilich "keine Chance" mehr.

Unterdessen hatten sich auch bei jugoslawischen Rotkreuzstellen Zehntausende ehemalige NS-Opfer gemeldet. Jugoslawien werde sich, drohte die Belgrader Politika, ungeachtet Kohls Ablehnung jeder Reparationsforderung "nicht durstig übers Wasser führen lassen".

Die Regierung betonte, mit der deutschen Einheit stelle sich "die Frage nach Reparationen von neuem".

Eine wahrhaft unendliche Geschichte: Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark.

Es sind Zahlen der Art, die jedem Normalbürger Schwindel verursachen, so unreal sie sein mögen. Doch die Diskussion darüber ist in diesen Wochen in Gang gekommen, das Reparationskarussell beginnt sich wieder zu drehen.

"Kohl darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nicht nur das Thema selbst aufs Tapet (etwas ansprechen) gebracht zu haben", urteilt der Wiener Standard, "sondern das auch noch auf eine Art getan zu haben, die antideutsche Ressentiments allerorten wiedererweckt. Der Mann, der sich so gerne als Enkel Adenauers sieht, läßt in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte staatsmännisches Format vermissen. Und da deutsche Geschichte immer europäische Geschichte ist, stimmt dies doppelt bedenklich." <<

18.03.1990

DDR: In der DDR finden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS

= 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,2 % (x101/173).

19.03.1990

BRD: Die Berliner Zeitung "TAZ" berichtet am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.

Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

07.04.1990

Niederlande: Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlicht am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt.

Wir haben genügend Erfahrungen mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schrecke nicht davor zurück:

Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

13.04.1990

DDR: Die Volkskammer erklärt am 13. April 1990 in Ost-Berlin (x075/279-280): >>Wir die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR, bekennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig vor der Weltöffentlichkeit:

Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.

Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir die Verantwortung für die Zukunft ableiten.

I. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande. Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten. ...

Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg den Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung unserer Völker intensiv fortführen. ...

Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des "Prager Frühlings" 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes.

Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre verzögert. ...

Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert.

Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht. ...<<

April 1990

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1990 berichtet im April 1990 über Simon Wiesenthals Buch "Recht, nicht Rache" (x853/...): >>... Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz/Galizien geborene (Wiesenthal) hatte alles andere im Sinn, als den größten Teil seines Lebens mit detektivischer Kleinarbeit zu verbringen. Er hatte in Lemberg und Prag Architektur studiert, wurde 1941 von den Nazis verhaftet und durch zwölf Konzentrationslager geschleppt.

Als einziger seiner Familie überlebte er und so wäre es menschlich begreiflich, wenn ihn Haß und Rachsucht motivierten.

Doch er will "Recht, nicht Rache", wenn es denn eine gerechte Strafe für Massenmörder geben kann. Bei seinen mühsamen Recherchen war er ungewöhnlich erfolgreich, weit mehr, als es die für die Verfolgung von Kriegsverbrechen Verantwortlichen waren, falls diese wirklich daran interessiert waren, der Massenmörder habhaft zu werden. ...

Wenn Wiesenthal schreibt, daß der Schriftsteller Friedrich Heer entscheidend zu seiner Kenntnis der jüdisch-christlichen Beziehungen beigetragen hat (S. 8), dann ist er an einen Zeitgenossen geraten, der die Geschichte allzu häufig durch seine ideologisch gefärbte Brille zu betrachten liebte.

In seinem Buch "Gottes erste Liebe" spricht Heer betont vom "österreichischen Katholiken Adolf Hitler", obwohl ihm sicher nicht unbekannt war, daß dieser das Christentum, und ganz besonders die katholische Kirche, bis aufs Blut haßte. Was hielt Wiesenthal wohl davon, wenn man darauf verwies, daß zahlreiche der berüchtigsten Tschekisten und GPU-Mörder Juden waren?

Wenn er behauptet, es habe in Wirklichkeit "ein einziges sowjetisches Verbrechen gegeben, das sich in seiner "Qualität" der Qualität der Nazimorde annähert: der Mord an viertausend polnischen Offizieren in Katyn" (S. 206), stellt sich doch die Frage, ob er den Willen zur Objektivität hat. Erst im April 1988 veröffentlichte die sowjetische Zeitschrift "Nedelya", eine Beilage der Regierungszeitung "Iswestija", die Zahl der Massenmorde unter Stalin. Danach wurden allein unter ihm rund 50 Millionen Menschen ermordet. ...

Wiesenthal meint, daß "der Antisemitismus sicher eine katholische Wurzel" hat (S. 403). Dies scheint schon ein wenig verwunderlich, denn wenn schon, dann eine christliche, wofür sich im Neuen Testament nicht wenige Hinweise und Gründe finden. Richtig wäre es, von einem Antijudaismus zu sprechen.

Paulus schreibt im 2. Thessalonicherbrief von den Juden: "Diese haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie mißfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll. Aber der ganze Zorn ist schon über sie gekommen." (2, 15 f.)

- Unleugbar kam es in der Geschichte immer wieder zur Verfolgung von Juden. Der Antijudaismus fühlte sich, wenn man einmal vom sog. "Pöbelantisemitismus" absieht, berechtigt, weil die Juden "Gottesmörder" seien. Aber schon Papst Martin V. wies am 20. Februar 1422 anti-jüdische Polemiken vor allem christlicher Prediger zurück: "... Wir wollen, daß jeder Christ

die Juden mit menschlicher Milde behandelt und ihnen weder an Leib noch an Gut ein Unrecht zufügt."

In der "Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen" des II. Vatikanischen Konzils heißt es: "Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen zur Last legen." ...

Es ist bedauerlich, daß sich Simon Wiesenthal in seinen Lebenserinnerungen nicht zu einer gerechten Würdigung der jahrelangen Hilfe seitens der katholischen Kirche verstehen konnte. Pinchas E. Lapide, der in seinen Memoiren überhaupt nicht auftaucht - wohl, weil er die große Hilfe der katholischen Kirche für die verfolgten Juden überzeugend und gut belegt nachweist - hätte ihn eines Besseren belehren können.

In der "Welt" schreibt er: "Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht ...

Hat sich Pius in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch gegenüber den Juden, ausgesprochen?

Hätten die Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? Und hätte Pius, bar jeder Macht, Hitler trotzen - und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? ...

Wer der Meinung ist, die Lage hätte gar nicht mehr schlimmer werden können, möge sich daran erinnern, daß immerhin weit über zwei Millionen Juden - mehr als ein Viertel der europäischen Juden - Hitlers Gemetzel eben doch überlebt hat, wenn auch mit knapper Not - dank der Hilfe der Kirche, Bischöfe, Priester, Laien ...

Der Talmud lehrt uns: "Wer immer ein Leben bewahrt, dem wird es von der Schrift zugerechnet, als hätte er eine ganze Welt bewahrt."

Wenn das wahr ist - und es ist ebenso wahr wie jene jüdischste aller Lehren: die von der Heiligkeit des menschlichen Lebens - dann muß ein Jude auch einen großen Retter jüdischen Lebens verteidigen." (17.6.1966) ...

Man darf bei der Suche nach der vollen Wahrheit auch nicht verschweigen, daß nicht wenige Juden in die Verbrechen der Nazis verstrickt waren, um die eigene Haut zu retten. Sowohl in Wien wie in Berlin waren die sog. "Greifer" ebenso gefürchtet wie verhaßt. Es waren jüdische Gestapo-Agenten, die keinen Judenstern zu tragen brauchten und denen man versprach, sie und ihre Familien von der Deportation auszunehmen, wenn sie dafür andere Juden aufspürten und der Gestapo ans Messer lieferten. In Berlin waren diese jüdischen Kollaborateure im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße untergebracht. Sie "haben sicher Hunderte untergetauchter Juden auf dem Gewissen".

Wenn man von den eigentlichen Mördern absieht, die aber nicht minder gegen die nichtjüdischen Gegner des Regimes wüteten, dürfte zutreffen, was der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, in seiner Monographie "Theresienstadt" schreibt: "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) sie umgebende Welt." (S. 738)

...<<

02.05.1990

Polen: Bundespräsident von Weizsäcker bestätigt am 2. Mai 1990 während eines Staatsbesuches die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

06.05.1990

DDR: In der DDR finden am 6. Mai 1990 die ersten freien Kommunalwahlen statt - CDU = 34,4 %, SPD = 21,3 %, PDS = 14,6 % ... - (x101/175).

09.05.1990

Belgien: Die EG unterzeichnet am 9. Mai 1990 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Bulgarien.

19.05.1990

BRD: Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhält 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärt am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/-173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...

Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmere habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<

Mai 1990

BRD: Der deutsche Publizist Meinrad Freiherr von Ow berichtet im Mai 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 über das "Scheitern des realen Sozialismus" (x853/...): >>Der Triumph der Wahrheit

... Das Jahr 1989 war überall in Europa Anlaß, sich der Französischen Revolution zu erinnern, die vor 200 Jahren eine neue Epoche in der Geschichte eingeleitet hatte.

Niemand konnte zu Beginn des Jahres ahnen, daß auch das Jahr 1989 ein Revolutionsjahr in Europa werden sollte. Mit ungläubigem Staunen erlebte die Welt den Zusammenbruch einer totalitären Ideologie, die ihre Wurzeln auf die Französische Revolution zurückführte und die in den vergangenen Jahrzehnten das Schicksal vieler Völker bestimmte und den Bestand anderer Nationen bedrohte. Völker im Herzen Europas haben unblutig ihre Freiheit wiedergewonnen; unblutig auch deshalb, weil die Machthaber einsehen mußten, daß auch ihre überlegenen Waffen die Wende nicht hätten verhindern können.

Eine Entwicklung, die 1847 mit der Gründung des "Bundes der Kommunisten" Gestalt annahm und im "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels ihre Leitlinie fand, hat 1989 ihre Endphase erreicht. Die Ziele der neu entstandenen Bewegung waren damals nicht nur gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichtet, sie widersprachen auch dem christlichen Menschenbild und bedeuteten eine Kampfansage an die großen Weltreligionen.

- Aus den bitteren Erfahrungen der Französischen Revolution sah vor allem die katholische Kirche von Anfang an die Gefahren, die aus der neuen Lehre erwuchsen. Bereits 1846 verwarf Papst Pius IX in der Enzyklika "Qui pluribus" "die verdammenswerte Lehre des sogenannten Kommunismus, die im höchsten Grade dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums aller, ja der menschlichen Gesellschaft selber, führen muß."

- 70 Jahre lang scheiterten alle Versuche der Anhänger der radikalen Lehre, an die Macht zu gelangen. Erst in den Wirren des 1. Weltkrieges konnte Lenin im Zentrum Rußlands ein kommunistisches Regime errichten und in blutigen Kämpfen über das ganze Land ausdehnen. Seine Lehre hatte die Theorien von Marx und Engels in eine für den Beginn des 20. Jahrhunderts scheinbar praktikable Form umgesetzt. Die Absage an jede Form religiösen Denkens und Handelns führte dabei zu einer Christenverfolgung, die an Ausmaß und Heftigkeit alles übertraf, was aus der Geschichte bekannt war.

Papst Pius XI. richtete durch Ansprachen, Botschaften und Rundschreiben immer wieder die Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr, die von der Sowjetunion ausging. 1937 setzte er sich in der Enzyklika "Divini redemptoris" in eindringlicher und ausführlicher Form mit den Wesensmerkmalen des Kommunismus auseinander, vor allem mit seiner falschen Erlösungsidee und seiner Verweigerung der naturgegebenen Rechte der menschlichen Person zur Schaffung eines Kollektivmenschen in einer utopischen Gesellschaft. Er bezeichnete die marxistisch-leninistische Lehre als "System voll von Irrtümern und Trugschlüssen, das ebenso der

gesunden Vernunft wie der göttlichen Offenbarung widerspricht."

Bis heute erstaunlich aktuell ist die Warnung des Papstes vor dem Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Menschen in folgenden Worten:

"So beobachten die Häupter des Kommunismus das allgemeine Verlangen nach Frieden und geben sich daher so, als wären sie die eifrigsten Förderer und Propagandisten der Weltfriedensbewegung. ... Sie gründen unter Benennungen, die auf den Kommunismus nicht einmal anspielen, Vereinigungen und Zeitschriften, die dann einzig dazu dienen, ihre Ideen in Kreise zu bringen, die ihnen sonst nicht leicht zugänglich sind. Ja, sie suchen sogar durch Trug und List in katholische und religiöse Vereinigungen einzudringen."

Der Schwerpunkt dieser Enzyklika liegt jedoch nicht auf der Aufzählung der Gefahren des Kommunismus, sondern auf den Heilmitteln zu seiner Überwindung. Das Rundschreiben erläutert dazu das christliche Menschenbild, "wie es von der Vernunft und vom Glauben durch die Kirche gelehrt wird". Es begründet anhand der katholischen Soziallehre die Rechte und Pflichten des einzelnen und erteilt dem nur auf irdische Güter gerichteten Materialismus eine entschiedene Absage.

Nach dem 2. Weltkrieg fielen weitere Länder Europas unter das Joch kommunistischer Systeme. Neben den orthodoxen Gläubigen bekamen viele Millionen katholischer und evangelischer Christen die brutalen Verfolgungen einer atheistischen Herrschaft zu spüren. Wieder reagierte der Vatikan unter dem Pontifikat des Papstes Pius XII. mit Erlassen gegen den Kommunismus. Gleichzeitig betonte die Kirche unmißverständlich:

"Die Dekrete dienen nur der religiösen Aufgabe der Kirche. Wer dafür kein Verständnis hat und nicht bereit ist, für eine neue Sozialordnung und eine wahre Gemeinschaft aller Menschen einzutreten, in der die Gerechtigkeit die Grundlage und das Gebot der Nächstenliebe höchstes und verpflichtendes Gesetz ist, der hat auch keine Veranlassung, diese antikommunistischen Dekrete der Kirche zu bejubeln. Die Kirche als Hüterin des Glaubens und des Sittengesetzes verurteilt nicht nur den materialistischen und antichristlichen Kommunismus, sondern auch die verkehrten Formen eines in seiner Wurzel ebenfalls materialistischen Kapitalismus."

- Die durch Jahrzehnte anhaltende Macht des atheistischen Systems zwang später alle kirchlichen Gemeinschaften zu manchen schmerzlichen Kompromissen, um wenigstens ein Minimum an Kult und Seelsorge zu erhalten. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft einzelner christlicher Gruppen, für angeblich gemeinsame Ziele wie "den Weltfrieden" oder "die Armen der Dritten Welt" mit kommunistisch infiltrierten Organisationen zusammenzuarbeiten und sogar ihren Führungsanspruch anzuerkennen.

Wer mit offenen Augen sozialistische Länder besuchte, erkannte sehr bald, welch starre Fesseln sich eine Ideologie geschaffen hatte, die der Natur des Menschen widerspricht.

Ein System, das in Schulbüchern und auf Transparenten verkündet "Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist", kann schließlich keine religiösen Offenbarungen dulden, ohne selbst unglaubwürdig zu werden. Nicht einmal dann, wenn dies auf Grund veränderter Verhältnisse wünschenswert erscheint.

- Wer als Dogma verkündet, der Mensch sei das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, muß über die Kriminalität im eigenen Land nach 50 Jahren Kommunismus schweigen. Welche Sensation war es für meinen russischen Gastgeber und mich, als wir zu Beginn der 80er Jahre in einem Leningrader Bahnhof ein Fahndungsplakat hängen sahen!

- Wie schwach muß eine Lehre sein, die öffentliche Kopierapparate verbietet, das Gepäck einreisender Touristen nach religiöser Literatur durchsucht und christliche Sakramente nach einiger Zeit durch eigene Riten wie Jugendweihe und Hochzeitszeremonien ersetzt!

- Wer glaubte zuletzt noch an meterhoch auf Fabriken und Parteigebäuden angebrachte Parolen wie "Die Partei ist der Geist, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche" oder "Das Programm der Partei ist das Programm des Volkes"!

So war es nur konsequent, wenn Streiks, Proteste und Freiheitsregungen im Ostblock blutig unterdrückt wurden: in Kronstadt 1921, in Berlin 1953, in Ungarn und Polen 1956 und in der CSSR 1968. Die Machthaber wußten besser als mancher Politiker im Westen, daß schon die Duldung der utopischen Forderung nach einem "Sozialismus mit menschlichem Angesicht" den Untergang ihrer Herrschaft eingeleitet hätte. ...

... Reichlich vorgestrig zeigte sich die Kirchenzeitung einer bayrischen Erzdiözese, die in ihrer letzten Weihnachtsausgabe zwei überholte und widerlegte Propheten in den Vordergrund stellte; den Befreiungstheologen Leonardo Boff (Zitat 1988: "Ich finde es wunderbar, daß der Marxismus immer für eine gerechte und klassenlose Gesellschaft gekämpft hat.") und die feministische Theologin Dorothee Sölle (Zitat 1987: "Das brutale Machtssystem der westlichen Welt, das sich nur mit der allergrößten Anstrengung an der Macht halten kann.")

- Wer weiterhin sozialistische Modelle für die vom "realen Sozialismus" befreiten Länder empfiehlt, erweist sich heute als ebenso reaktionär wie jener, der glaubt, allein mit der Einführung der Marktwirtschaft die Wunden zu heilen.

Auch wenn die Bewahrung der Schöpfung, die Fürsorge für die an den Rand Gedrängten und die Fragen ernsthafter Theologen uns weiterhin beschäftigen werden, an erster Stelle stehen heute neue Aufgaben und Perspektiven. Eine Gesellschaft im Umbruch, die jahrzehntelang unter dem naturwidrigen Menschenbild des Kommunismus gestanden ist, braucht geistige und geistliche Grundlagen der Erneuerung. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 berichtet im Mai 1990 über das Buch "Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1789-1984" des österreichischen Publizisten Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) (x853/...): >>... **Der rote Faden ...**

Es fügt sich, daß 1989 – 200 Jahre nach der Französischen Revolution - das jämmerliche Ende jener "Schande des Jahrhunderts" (Ratzinger) offenbar wurde, die als Befreiungsverheißung mit endgültig-glückhafter Zukunft vor 150 Jahren erdacht, mit Agitation, Revolutionen und einer fürchterlichen Blutspur ins schauerlichwahn sinnige Werk gesetzt wurde. Die Vorgeschichte weist auf 1789 zurück.

Da hat es schon makabre Züge, daß das 200-Jahr-Gedächtnis in Frankreich von der sozialistischen Regierung unter das Zeichen der angeblich sich von 1789 herleitenden Menschenrechte gestellt und mit großen Spektakeln gefeiert wurde. Die wahre Befreiung in Osteuropa und in Mitteldeutschland geschah dann von den Erben jener "Aufklärung". Wir zitieren in diesem Zusammenhang aus dem o. a. Buch aus den Seiten 438-443.

Das Problem unserer überschuldeten Nachfahren bleibt weiter ein ungelöstes. Wie viele Nachfahren werden wir aber wirklich haben? Wahrscheinlich, wenn die Geburtenziffern Euramerikas so bleiben, wie sie es jetzt sind, sehr, sehr wenige, was aber dann die Last für die einzelnen (die auch eine Mehrheit von Greisen ernähren müssen) um so drückender machen wird. In den Tropen, im Armenhaus der Dritten Welt, mag es dann da wohl ganz anders aussehen, aber bei uns endet die Hälfte der Leibesfrüchte in den Kanälen.

Unsere Gesetzgeber sind tatsächlich neckische Witzbolde: Schwerverbrecher werden bei uns nicht hingerichtet, sondern leben in Zellen mit Farbfernsehern, und die Homosexuellen unter ihnen erfreuen sich zudem noch eines urgemütlichen Geschlechtslebens hinter Gittern, während die Ungeborenen reihenweise exekutiert werden. So wird schließlich aus dem "demokratischen Rechtsstaat" ein ganz übler Scherz ...

Die Christenheit kam in den letzten zweihundert Jahren vom Regen in die Traufe. Die Schrecken steigerten sich in jeder Etappe des 'Fortschritts' - von 1789 bis 1918 (mit der großen Illusion des 19. Jahrhunderts, der verborgenen Schwangerschaft nach der Empfängnis der Französischen Revolution), von 1918 bis 1945, von 1945 bis auf unsere Tage, und man fragt sich jetzt bange, wie das noch weitergehen wird.

Befinden wir uns nicht alle in der Abteilung für kriminelle Narren in einem Inquisitionsspalat

für verrückte Verbrecher, deren Untaten ebenso grausig wie inbrünstig dumm sind?

Aber wie haben doch die Apostel des 'Fortschritts' fortwährend das Maul vollgenommen! Mit was für eitlen Versprechungen, grundlosen Hoffnungen und frechen Gaunertricks, blöden Aufschneidereien und Übertreibungen haben die Vertreter der roten Morgenröte, die nie einen Sonnenaufgang brachte, die Menschheit hingehalten! Da waren die Leute der alten Ordnung im Vergleich doch recht bescheiden. Maurras, den ich allerdings ungern zitiere, sagte da sehr schlicht von der Monarchie: "Le moindre mal, la possibilité du bien – das geringste Übel, die Möglichkeit von etwas Gutem."

Freilich, mit solchen Worten kann man keine hysterische Massenbewegung entfachen! Es möge uns aber zum Trost gereichen, daß keiner der großen Denker der Antike und der Christenheit als ältere, reifere Menschen je die Ideale der drei Revolutionen und deren Vorläufer gehegt haben. Kann man sich vorstellen, daß Herder, Goethe, Schopenhauer, Grillparzer, Spengler, ja auch Nietzsche sich für den Nationalsozialismus, Dostojewskij, Solowjow, Leontjew, Unamuno, Ortega sich für den Sozialismus, Plato, Aristoteles, der Aquinate, Luther, Shakespeare oder Kierkegaard sich für die Demokratie erwärmt hätten?

Allerdings muß man da reine Literaten ausnehmen, die zu allem und jeglichem fähig sind, wie zum Beispiel Thomas Mann, der zu Stalins Zeiten Lion Feuchtwanger schrieb, er fände den demokratischen Kommunismus, wie er in der Sowjetunion praktiziert würde, sehr richtig. Auch Philosophen à la Maritain haben sich da Unglaubliches geleistet ...

Wir wollen nicht noch eine komplette Liste der Greuel geben, die uns die letzten zweihundert Jahre gebracht haben - von der charmanten *notre chère mère la guillotine*, den *noyades*, den *colonnes infernales* bis zu Auschwitz, Workuta, Solowki, Dresden, Hue und Phnom-Penh, einschließlich Chinas vielleicht 80 Millionen Toten. Unser Zeitalter befindet sich im Zeichen des "G" - der Guillotine, Gefängnisse, Galgen, Gaskammern, Genickschüsse, Gulags, Genozide und Geisteskrankenhäuser.

Ja, auch der Geisteskrankenhäuser, den sowjetischen Psychuschki, in denen man mit Elektroschocks zum fortschrittlichen Diamat (Materialismus) bekehrt wird, Zeichen einer sinnesverwirrten Welt. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Weichen falsch gestellt und zweihundert Jahre fahren wir schon auf einem falschen Geleise - eine lange Zeit für uns, aber ein Bruchteil eines Augenblicks für Gott. Und durch diese Zeit zieht sich als roter Faden der bleckende Wahnsinn.

Mit einem roten Band oder einem roten Faden, dezent um den Hals gelegt, hat die Jeunesse Dorée nach dem Fall Robespierres auf den rauschenden Bällen des Directoire dem Tod ihrer Eltern auf der Guillotine ein sichtbares Zeichen gesetzt, aber dieser in jeder Beziehung sehr rote Faden ist bis heute nicht abgerissen.

Tatsächlich sind durch die Französische Revolution die Weichen falsch gestellt worden. Natürlich gab es für diesen tragischen Irrtum eine ideologische Vorbereitung, doch der Sturm auf die Bastille, die Herrschaft der Jakobiner waren keineswegs "unausweichlich". Es gibt Ideen, die kommen und gehen, aber die Freiheit des Willens wird durch sie nicht außer Kraft gesetzt. Der Verfasser ist kein Konservativer im üblichen Sinne des Wortes, also auch ganz und gar kein Freund der heutigen Establishments, sondern ein doch eher revolutionärer Neuerer im Rahmen bleibender Wahrheiten, ein rechtsradikaler Stockliberaler, der entschlossen gegen den Strom der Zeit zu schwimmen versucht.

Doch kann er sehr wohl einen Konservativen verstehen, der vor 150 Jahren mit grausamer Deutlichkeit sah, wohin wir steuerten: zum totalen Staat östlicher oder auch westlicher Prägung, zur Schaffung der Dritten Welt der vorzeitig Entkolonialisierten, zum religionslosen, also rein tierischen Nihilismus minus der natürlichen animalischen Instinkte, zur Vernichtung der Natur durch eine maßlose Technik, die überdies unter der Ägis von hirnlosen Ingenieuren, herzlosen Physikern und heillosen Politikern uns allen das Lebenslicht ausblasen kann. Das

sind alles Dinge, die der lieben neuen Linken zum Gaudium altkonservativer Beobachter heute einen stets größer werdenden Schrecken einjagen.

Manche "Grüne" fangen schon langsam an, wie verstaubte, elegische Hofräte aus dem Vormärz zu reden, die aber doch den schauerlichen Bankrott der Moderne mit viel deutlicherer Präzision voraussahen als die naiven Progressisten der Jahrhundertwende!

War alles falsch seit 1789? Nein, nicht alles war falsch, aber das Ganze war falsch, nicht die praktischen Ausführungen, wohl aber die Grundgedanken. Daher auch das Scheitern. Mit den Ideen von 1789 sind wir alle (selbst die 'konservativsten' unserer Zeitgenossen) bewußt-unbewußt verbunden, aber wenn sie wirklich unsere Windeln waren, wie leicht könnten sie unsere Lechentücher werden, in denen wir ersticken und zugrundegehen. Um zu überdauern, müssen wir uns ihrer entledigen. Das ist ein Gebot der Stunde ...

Doch woher kommt diese alptraumhafte Dekadenz? Zu größtem Teil von einer glaubenslosen "Wertfreiheit", die sich weigert, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, aber auch von der ideologisch-politischen Gleichsetzung der Dummheit mit dem Wissen und der Erfahrung. Das Geheimrezept des Westens besteht anscheinend darin, daß in geheimen Wahlen die Stimme einer achtzehnjährigen Geheimprostituierten der Stimme eines achtzigjährigen Geheimrats gleichgestellt wird.

So feiert die Abschaffung aller Werte ihre nihilistischen Triumphe. Kein Wunder auch, daß man anstatt minimaler Regierungen von höchster Qualität im Westen (und auf andere Art auch im Osten) maximale Regierungen von niedrigster Qualität bekommt. Marx sprach von einem Prozeß der Verelendung, wir aber sollten von einer Vereselung reden.

Man kommt nur mehr den Trieben der Massen entgegen, indem man ihnen nachgibt oder ihre geheimsten und gemeinsten Begierden zur Erfüllung bringt. Doch die Massen fühlen sich auch schwach und werden daher vom großen Übel der Schwachen befallen: Haß und Grausamkeit, beides Zeichen der Ohnmacht.

Diese Ohnmacht wird durch zahllose Ängste überhöht, von denen die Atomangst nur eine ist. Augenblicklich sind wir 39 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt und dieser, die Folge des Ersten, ist immer noch gegenwärtig. Wir leben alle schier endlos in der "Nachkriegszeit". (Wer hätte im Jahre 1854 behauptet, man stünde noch in der napoleonischen Nachkriegszeit?) Frieden zu machen waren die großen Demokratien außerstande. Einen Krieg kann man mit roher Gewalt und Kniffen gewinnen: zum Frieden aber braucht man viel mehr - braucht man Charakter, Großmut, Wissen und Weisheit.

Hier aber stoßen wir an die alte Problematik des Wissens. Karl Steinbuch sagt uns deutlich: "Es ist auch ein Irrtum zu meinen, es brauche nur den guten Willen der Fachleute, um beliebig komplizierte Sachverhalte allen verständlich zu machen." Und später setzt er hinzu: "So muß jeder schließlich irgendwo das aufgeben, was man als 'Rationalität' bezeichnet und sich etwas anvertrauen, was 'nur' Glaube ist. Wir stehen heute vor dem Zwang, Unverstandenes glauben zu müssen, wir stehen an den Grenzen der Aufklärung."

Vertrauen? Der moderne Mensch im freien Westen hat aber weder Liebe für noch Vertrauen in sein Land, sein Volk oder in seine Regierung.

Die "Loyalitäten" sind alle methodisch zerschlagen worden. Soldaten starben im Ersten Weltkrieg für "Gott, Kaiser und Vaterland", aber inzwischen wurde Gott "entmythologisiert", die Herrscher entkrönt, die Regierungen in einander verteufelnde Parteien aufgelöst und die Nationen in feindliche Klassen und Interessensgruppen aufgeteilt. Wer opfert, leidet und stirbt für Sozialversicherung, Wahlzettel, Abtreibung und Pornofreiheit? Wer vertraut schon Politikern? Heute gilt es, uns der dritten Aufklärung zuzuwenden – die 'Aufgeklärten' endlich einmal wirklich aufzuklären ...

Doch der Abstieg ist auch die Folge der Abwendung von Gottes Wort. Wie sagte doch ein chinesischer Europareisender schon im vorigen Jahrhundert? "Einst waren die Staatsmänner

der europäischen Nationen imstande, in ihren eigenen Ländern Ordnung zu halten und den Frieden zu sichern, weil sie Gott fürchteten und ihn anbeteten. Heute aber ist es das Volk, das sie fürchten und anbeten." Man müßte zum "Volk" allerdings auch die "veröffentlichte Meinung" der Halbgebildeten mit ihren gottfernen Ideologien hinzufügen.

So ist der Götzendienst perfekt geworden. Man könnte annehmen, sagte uns Chesterton, daß der Mensch, der nicht an Gott glaubt, an gar nichts mehr glaubt. Das aber ist ein Irrtum. Er glaubt dann einfach an alles.

An alles! Da haben wir den Fall des durch seine Frau steinreichen USA-Botschafters in der UdSSR, Joseph E. Davies, der in seiner "Mission to Moscow" (1941, S. 155 ff.) schrieb, die Moskauer Schauprozesse beruhten alle auf echten Aussagen der Angeklagten, und Stalin sei ein so lieber, netter und gütiger Mann, daß Kinder auf seinem Schoß sitzen und Hunde sich an ihn anschmiegen wollten. Der idiotische Bestseller wurde auch noch verfilmt! Also nur ein dummer Amerikaner?

Lion Feuchtwanger schrieb in Moskau 1937, daß bei den Schauprozessen nicht geschwindelt wurde, und diesen Band legte man dann dem restlos verzweifelten Bucharin in seine Todeszelle, ... einer der vielen grausigen Fälle berühmter, politisch engagierter Literaten, die noch größeres Unheil anstellen als wirtschaftlich orakelnde Kleriker. Und wie viele Zeitgenossen begeistern sich immer noch an Marxismen mit Produktionsformen, die wirtschaftlich daß inbrünstig Dümme und Arbeiterfeindlichste sind, das ein Schrumpfhirn sich ausdenken kann. Doch sie sind "fortschrittlich", und der "Fortschritt" ist der tröstende Fetisch einer geistlosen und gottlosen Menschheit.

Was hätten Wir, die heutige Lage betrachtend, bei all der Dummheit und Niedertracht in der Vergangenheit auch erwarten können? Den atomaren Krieg, der uns dank einer Mischung von höchstem technischen Können, bodenlosem politischen Unsinn und wirklicher Feigheit bedroht, kann man vielleicht doch nur mehr durch das Gebet abwenden.

Friedensdemonstrationen wütig angstvoller Horden mit geballten Fäusten und Spruchbändern? Sie erinnern uns nur an die hilflose Geste des Kindes vor dem triebhaft-mordsüchtigen Stawrogin in den Dämonen. Lieber rot als tot? Das ist für Aufrechte keine Alternative, da der Tod uns immer gewiß bleibt, die Knechtschaft aber nicht unentrinnbares Schicksal ist.

Den verhängnisvollsten Folgen des Unwissens begegnen wir im Bereich der Volkswirtschaft, der Völkerpsychologie und der Soziologie, die den Hintergrund zur sogenannten "sozialen Frage" abgeben. Die Problematik der Dritten Welt ist eng damit verbunden, denn dort, wo es trotz mangelnder Rohstoffe ein konfuzianisches Arbeitsethos gibt (von Japan und Korea bis Singapur), gibt es auch keine "Dritte Welt", die, um das Übel noch ärger zu gestalten, gerne mit dem völlig unwirtschaftlichen Sozialismus liebäugelt.

Das Schlagwort von der "sozialen Gerechtigkeit" hat uns in diesem Jahrhundert durch Revolutionen und ideologische Kriege weit über hundert Millionen Menschenleben gekostet, wobei die Opfer des "Rassismus" miteingerechnet werden müssen.

Bleibt uns da überhaupt noch Hoffnung? Sie ist heute vernunft- und verstandesmäßig kaum noch berechtigt – und schon gar nicht als "Prinzip Hoffnung" à la Ernst Bloch. Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, uns für dieses Erdendasein 'optimistisch' zu gebärden, wohl aber müssen wir die Hoffnung als eine der drei "theologischen Tugenden" - Glaube, Hoffnung und Liebe - pflegen.

Auch haben wir das Versprechen Christi: "Ich werde bei euch bleiben bis an das Ende der Tage." Und nur eingedenk dieser Zusicherung des Herrn können wir auch die Schlußworte der Tragödie des Menschen von Emmerich Madách, des "ungarischen Faust", mutig wiederholen: "Mensch kämpfe und vertraue vertrauend!"

- Der Kampf gegen Vernunft, Verstand, Wissen, Weisheit und Erfahrung - fünf verschiedene Elemente - tobt seit 200 Jahren, und eigentümlicherweise hat dieser Verfall bei uns mit der

Anbetung der "Göttin der Vernunft" richtig begonnen (S. 13). - ...<<

19.06.1990

Belgien: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Länder unterzeichnen am 19. Juni 1990 das Durchführungsabkommen des Schengener Vertrages (Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen).

21.06.1990

BRD und DDR: Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschieden am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Ferner wird eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gibt am 21. Juni 1990 im Deutschen Bundestag folgende Regierungserklärung zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab (x850/...): >>Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute.

Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung stehen wir jetzt vor der Erfüllung der Hoffnung der Menschen in Deutschland auf die Einheit und die Freiheit aller Deutschen. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Entschließung zur Grenze des künftigen vereinigten Deutschland mit Polen geht es um entscheidende Schritte auf dem Weg, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

... Wir können die Bedeutung dieser Stunde nur ermessen, wenn wir alle uns vergegenwärtigen, was die Lebenserfahrung unserer Landsleute in der DDR in den letzten 40 Jahren war. Sie haben ein System überwunden, das vielen Menschen großes Leid, Elend und Verzweiflung gebracht und manche das Leben gekostet hat.

Gerade in diesen Tagen hat sich wieder gezeigt, wie verwerflich dieses System war: Es hat mit Terroristen zusammengearbeitet, die hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gemordet haben.

Mauer und Stacheldraht sind die schrecklichen Symbole einer Zeit, in der Deutsche nicht zu Deutschen kommen durften. Wir trauern heute besonders um jene, die in den Lagern des Stalinismus, in Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt, gedemütigt, gequält und nicht selten ermordet wurden.

Sie alle wollten - wie vor allem die Opfer des 17. Juni - in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen. Sie kämpften für die Wahrheit und gegen die Lüge, gegen ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Wir dürfen ihr schweres Schicksal niemals vergessen. Solches darf sich in Deutschland nie wiederholen.

Gerade an einem Tag wie heute muß uns allen bewußt sein, daß wir ihnen verpflichtet sind. Gerade an einem Tag wie heute muß es auch allen bewußt sein, daß das Leitwort des Jahres 1945 - "Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur" - für uns Deutsche nicht nur eine nationale Dimension hat, sondern weit darüber hinausweist.

Es hat in den vergangenen 40 Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen gegeben, die sich vom ersten Zusammentreten des Bundestages an leidenschaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deutschen eingesetzt haben. Stellvertretend für viele, die glücklich wären, könnten sie diese Stunde heute erleben, möchte ich den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:

"Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird."

Dieser Geist der Gemeinsamkeit sollte heute alle Abgeordneten des Hohen Hauses leiten, wo sich uns jetzt die Chance bietet, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen.

Natürlich, meine Kolleginnen und Kollegen, kann heute niemand sagen, wie spätere Generationen einmal über uns urteilen werden. Doch die heutigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Nation. ...

Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß bald alle Deutschen gemeinsam in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir stehen damit vor einer der größten Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte.

Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens die Einheit erlebbare Wirklichkeit. Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich damit die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. Sie richten ihre Hoffnungen auf diesen Staatsvertrag, und sie erwarten von uns, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Der Staatsvertrag ist Ausdruck der Solidarität unter den Deutschen. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder - und fortan - unauflöslich miteinander verbunden. Der Staatsvertrag dokumentiert den Willen aller Deutschen, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen - in einem vereinten, in einem freien Deutschland.

Ich rufe alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. Er weist den Weg zur Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiert, der will den Weg zur Einheit nicht.

Für die Menschen in der DDR ist es wichtig zu wissen, daß die Botschaft der Solidarität auch hier bei uns von einer großen Mehrheit getragen wird. Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute zurück. Er stellt in einer entscheidenden Stunde der deutschen Geschichte die Fähigkeit zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage.

Meine Damen und Herren,

ich bin mir bewußt, daß der Weg, den wir jetzt einschlagen, schwierig sein wird. Das wissen auch die Menschen in der DDR. Aber sie sagen uns allen auch unmißverständlich: Der Staatsvertrag muß kommen.

Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, daß Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Wer jetzt behauptet, man hätte sich doch mehr Zeit lassen können, der verkennt die Realitäten in Deutschland, und er verdrängt die Erfahrungen der letzten Monate. Es sind die Menschen in der DDR, die das Tempo der Entwicklung bestimmt haben und im übrigen weiter bestimmen werden.

Hunderttausende von Übersiedlern sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie in der DDR keine Zukunftsperspektive mehr sahen, Menschen, die für den Aufbau in der DDR dringend gebraucht werden. Erst die Aussicht auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat viele unserer Landsleute wieder Hoffnung schöpfen lassen.

Ein Hinauszögern des Staatsvertrages - mit welchen Argumenten auch immer - hätte den Zusammenbruch der DDR bedeutet. Die Übersiedlerzahlen wären erneut sprunghaft angestiegen - wie wir alle wissen, mit verheerenden Folgen. Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen?

Die Deutschen in ihrer großen Mehrheit wollen den Staatsvertrag, weil sie die Einheit wollen und weil sie wissen, daß der jetzt eingeschlagene Weg der richtige ist.

Natürlich fragen sich viele bei uns wie in der DDR, was dieser beispiellose Vorgang für sie ganz persönlich bedeutet, für ihren Arbeitsplatz, für ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien.

Ich denke, wir alle nehmen diese Sorgen ernst.

Für das große Ziel der Einheit unseres Vaterlandes werden auch wir in der Bundesrepublik Opfer bringen müssen. Ein Volk, das dazu nicht bereit wäre, hätte seine moralische Kraft längst verloren.

Aber ich bin sicher: Wir werden diese große Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zum Wohle der ganzen Nation bewältigen.

Es wird harte Arbeit, auch Opfer, erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen und auch auf eine gewiß nicht einfache Zeit des Übergangs. Aber niemandem werden dabei unbillige Härten zugemutet. Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.

Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Für mich ist dies ein selbstverständliches Gebot nationaler Solidarität.

Es ist zugleich eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine Investition, die sich bald bezahlt machen wird. Denn der wirtschaftliche Aufbruch in der DDR wird allen zugute kommen - den Deutschen in Ost und West und unseren Partnern in Europa und weltweit.

Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für die Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute? Die Wirtschaft in der Bundesrepublik floriert. Der wirtschaftliche Aufschwung geht jetzt in sein achttes Jahr. Das Ende ist glücklicherweise nicht abzusehen. Wann je hat es das zuvor gegeben?

Wir haben alle Möglichkeiten, die nationale Herausforderung der Deutschen zu bewältigen, wenn wir solidarisch zusammenstehen und wenn wir die Chancen nutzen, die sich uns jetzt bieten.

Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über 40 Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben.

Damals haben die Menschen mit ihrem Mut und mit ihrer zähen Entschlossenheit, mit Fleiß und mit Einfallsreichtum und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein für die gemeinsame Aufgabe eine stabile Demokratie errichtet. Sie haben Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für einen Teil Deutschlands verwirklicht. Wir wollen, daß dies alles jetzt endlich auch für das ganze Deutschland Wirklichkeit wird. Der Staatsvertrag, über den wir heute abstimmen, ist dafür Voraussetzung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

die Herstellung der deutschen Einheit wird international nur akzeptiert werden, wenn die Gespräche über deren äußere Aspekte Erfolg haben, d.h. die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einerseits sowie den Vier Mächten USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion andererseits.

Morgen wird in Ost-Berlin das zweite Treffen im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Außenministerebene stattfinden. Weitere Treffen sind für Mitte Juli in Paris und für Anfang September in Moskau angesetzt. Nach unseren Unterredungen mit allen Partnern in diesem Gesprächskreis bin ich zuversichtlich, daß es gelingen wird, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen rechtzeitig und zufriedenstellend zu lösen. Dazu gehört insbesondere die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir dem für November geplanten Sondergipfel der

KSZE-Staaten das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche präsentieren. Ziel dieser Gespräche muß die volle Souveränität für das wiedervereinigte Deutschland sein.

Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Wir wissen, daß das geeinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europas von morgen ein besonderes Gewicht haben wird. Wir sind uns deshalb von Anfang an bewußt gewesen, daß die Einheit Deutschlands alle unsere Nachbarn fundamental berührt und sie natürlich auch bewegt, ja, oft auch besorgt macht. Fast alle haben unter den Gewalttaten des NS-Regimes schwer zu leiden gehabt. Wir müssen die Fragen verstehen, die so mancher sich - und uns - heute stellt. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, und wir wollen dies tun.

Wir Deutsche sind ein Volk. Wir dürfen von allen Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch, die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, unterstützen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung nicht allein uns Deutschen gehören.

Wir wollen am Ende eines Jahrhunderts, das Europa so viel Krieg, Leid und Not gebracht hat, mit allen unseren Nachbarn zu dauerhafter Verständigung und Versöhnung kommen. Wir wollen mitbauen an einem neuen, an einem geeinten Europa. Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander.

Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks schafft den Rahmen, in dem sich die Einheit Deutschlands in Freiheit vollenden kann. Die Vereinigung unseres Vaterlandes wird der politischen Einigung Europas einen entscheidenden Impuls geben. Dies gilt auch für das große Ziel eines Europa, das als Ganzes wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfinden muß.

Ein Deutschland, das sich in Freiheit vereinigt, wird niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für Europa und alle unsere Partner sein. Von deutschem Boden werden Frieden und Freiheit ausgehen!

Gerade auch in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten, vor allem zu Polen und zur Sowjetunion, wollen wir dies deutlich machen. Zusammen mit dem polnischen Volk müssen wir uns im wachen Bewußtsein für die Belastungen der Vergangenheit der großen Aufgabe stellen, für die junge Generation unserer beiden Völker eine Zukunft in Frieden und gemeinsamer Freiheit zu gestalten. Das polnische Volk soll es wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem "Weg nach Europa" sein.

Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen, einen zukunftsweisenden Charakter verleihen, nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.

Der Deutsche Bundestag richtet heute gemeinsam mit der Volkskammer der DDR eine unmißverständliche Botschaft an Polen: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.

Für das künftig geeinte Deutschland kann erst eine gesamtdeutsche Regierung eine für die Zukunft völkerrechtlich verbindliche Unterschrift leisten. Erst ein gesamtdeutsches Parlament kann einen solchen Vertrag ratifizieren. Klar ist: Am Willen des deutschen Volkes, bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR, kann nicht gezweifelt werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wir vergessen nicht, welches Leid und Unrecht von Deutschen anderen Menschen und Völ-

kern zugefügt wurde. In meiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns habe ich gesagt: "Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln." Dem polnischen Volk hatte er den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden.

Das NS-Regime hat den Krieg zu verantworten, wie seine Folgen, und damit auch - gemeinsam mit Stalin - unseren Verlust Ostdeutschlands. So mußten die Menschen, die dort lebten, ohne eigene Schuld für die Verbrechen anderer einen hohen Preis entrichten.

Es leben viele in unserem Land, die die Erklärung, die wir heute abgeben, tief berührt und schmerzt. Sie sind ihrer Vorfahren Heimat mit dem Herzen fest verbunden. An einem Tag wie heute können sie nichts anderes als Trauer empfinden. Kein Mensch hat das Recht, ihren Gefühlen seine Achtung zu versagen. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen, und wir können sie gut verstehen.

Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben.

Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem auch die Vier Mächte, also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion.

Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.

Die Entscheidung, die wir als frei gewählte Abgeordnete heute hier treffen müssen, ist richtig und notwendig; denn es geht um die Einheit und Freiheit Deutschlands, und zugleich geht es um ein Werk des Friedens und der Versöhnung.

Ich weiß, daß es im Blick auf die 700jährige Geschichte der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auch einigen Kollegen im Deutschen Bundestag nicht leicht fällt, dieser EntschlieÙung zuzustimmen. Bei aller Freude darüber, daß mit der Verabschiedung des Staatsvertrages die Einheit der Deutschen in gemeinsamer Freiheit in greifbare Nähe rückt, ist dies für niemanden eine leichte Stunde. Freude, Ernst und Trauer liegen eng beieinander.

Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, des östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares, ihr historisches Gepräge gegeben.

Ich denke daran, daß dieses Land in Glück und Unglück, in Freude und Leid Lebensmittelpunkt von vielen Generationen von Deutschen war. Millionen von Deutschen haben dort ihre Wurzeln. Noch immer leben dort deutsche Familien Seite an Seite mit ihren polnischen Nachbarn.

Im Bewußtsein und in den Gefühlen vieler Deutscher sind die Landschaften östlich von Oder und Neiße, wo sie für ihr Leben prägende Eindrücke erfahren haben, als Heimat lebendig. Dieses ganz ursprüngliche Gefühl der persönlichen Verbundenheit verdient jedermanns Achtung, ja, Sympathie.

Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation. Uns Deutschen liegt viel daran - ich will mich auch persönlich dafür einsetzen -, dieses Kulturerbe zu bewahren und zu pflegen.

Dieses Erbe bleibt lebendig, es ist unverlierbarer und unvergänglicher Bestandteil unserer Geschichte wie auch des kulturellen Reichtums Europas. Noch in vielen Jahren und Generationen werden sich Menschen an den Gedichten Eichendorffs erfreuen, und was Immanuel Kant "zum ewigen Frieden" geschrieben hat - über einen Föderalismus freier Staaten, über die Herrschaft des Rechts-, bleibt ein Wegweiser in das Europa der Zukunft.

Wahrheit ist - und das darf an einem Tag wie heute nicht verschwiegen werden -: Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Wir können auch Jahrzehnte danach nicht erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen.

Ich weiß, daß die Erfahrung von Flucht und Vertreibung auch nach Jahrzehnten noch schmerzt. Der Tod von Familienangehörigen und Freunden, das Zurücklassen von Hab und Gut, von Haus und Hof sind ein schweres Schicksal. Die Betroffenen werden ihren Schmerz aber noch stärker empfinden, wenn das ihnen angetane Unrecht verschwiegen wird.

Deshalb sind wir dankbar für die Worte, die Persönlichkeiten wie der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, wie der Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der dieses Jahr mit dem Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken ausgezeichnet wurde, und andere in der gemeinsamen Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September 1989 gefunden haben. Sie schrieben:

"Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl"

Sie setzten damit ein sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Gerade auch die deutschen Heimatvertriebenen haben in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 schon früh ein großartiges Bekenntnis zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur Schaffung eines geeinten Europa abgelegt.

Sie erklärten damals:

"Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."

Nicht Rache, nicht Vergeltung: mit diesen Worten haben sie ihre eindeutige Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit gegeben. Sie haben damit vor aller Welt bekundet, daß die Saat des Hasses und der Gewalt, die Saat Hitlers und Stalins, nicht fortlaufend neues Unrecht hervorbringen darf.

Heute sind in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße polnische Familien in zweiter und dritter Generation ansässig; diese Gebiete sind ihnen zur Heimat geworden. Wir Deutsche wollen nicht, daß Krieg und Elend, Blut und Tod immer wieder aufgerechnet werden. Wir wollen nach vorne schauen, auf die Zukunft kommender Generationen. Dies wird und kann eine Zukunft in Frieden und Freiheit sein.

Wir schauen vor allem auch auf die junge polnische Generation, die heute in Pommern, Schlesien und anderswo lebt, und wir rufen ihr zu: Wir wollen Frieden, wir wollen Verständigung, wir wollen Aussöhnung, wir wollen ein freies und einiges Europa.

Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance, eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu erreichen. Die Zeit dafür ist reif.

Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß jetzt endlich auch zwischen Deutschen und Polen möglich werden. In meiner Heimat, in der Pfalz, habe ich miterleben können, wie die deutsch-französische Freundschaft gewachsen ist. Diese Freundschaft wird für die deutsche Außenpolitik immer von existentieller Bedeutung bleiben.

Noch vor wenigen Jahrzehnten, in meiner eigenen Schulzeit, sollten die Kinder dort, wie überall in Deutschland und überall in Frankreich, im bösen Geist einer angeblichen Erbfeindschaft erzogen werden. Doch Haß und Feindschaft wurden überwunden, weil die Menschen es endlich so wollten. Über offene Grenzen kamen und kommen sie zusammen und lernen ein-

ander kennen. In freien Begegnungen konnten sich Verständnis und Vertrauen entfalten. Heute überqueren junge Deutsche und junge Franzosen ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaft zu schließen.

Es ist mein Wunsch - und ich hoffe, es ist unser Wunsch -? daß ein solches Miteinander über die Grenzen hinweg zwischen jungen Deutschen und jungen Polen bald ebenso selbstverständlich sein wird. Deshalb rufe ich dazu auf, das deutsch-polnische Jugendabkommen, das wir bei meinem Besuch in Polen im November des vergangenen Jahres vereinbart haben, mit Leben zu erfüllen und tatkräftig für eine gemeinsame Zukunft zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

wir vergessen allzu leicht: Ein freies und vereintes Deutschland kann gegenüber Polen auch an gute, ja, an beste Traditionen anknüpfen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern sind in der Vergangenheit keineswegs nur von Zwietracht, von kriegerischen Konflikten und vom Leid der Menschen überschattet gewesen. Im Gegenteil: Es gab lange Perioden fruchtbaren Austauschs, ja, eines harmonischen Miteinanders. Die heilige Hedwig gehört beiden Nationen.

Wir müssen auch endlich begreifen, was der polnische Dichter und Denker Cyprian Kamil Norwid im 19. Jahrhundert festgestellt hat: "Eine Nation besteht nicht nur aus dem, was sie von anderen unterscheidet, sondern auch aus dem, was sie mit anderen verbindet."

Auch in schlimmster Zeit hat es Deutsche gegeben, die Menschlichkeit gegenüber Polen geübt haben. Neben den vielen, die sich als Werkzeuge des Verbrechens mißbrauchen ließen, gab es auch allemal "Zehn Gerechte", wie der Titel eines polnischen Erinnerungsbuches über die deutsche Besatzungszeit heißt.

Es waren deutsche Patrioten, die 1830 - während des polnischen Freiheitskampfes - gebannt und voller Hoffnung auf den Sieg der polnischen Sache setzten. Es war das Vorparlament der Frankfurter Paulskirche, das die Befreiung Polens zur "heiligen Pflicht des deutschen Volkes" erklärte. Und es waren wiederum Polen, die 1848/49 unter der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Revolution kämpften.

Diese Erfahrungen, das gemeinsame Ringen von Polen und Deutschen um Freiheit, sind von den Verbrechen in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden - verloren sind sie nicht. Es gilt, sie im Gedächtnis der Völker zu neuem Leben zu erwecken. Wir dürfen nicht zu Gefangenen eines Denkens werden, das mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt. Wahrhaftigkeit ist oberstes Gebot, wenn die Aussöhnung zwischen den Völkern gelingen soll.

Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen darf niemanden ausschließen, sie muß auch gerade die Heimatvertriebenen einbeziehen. Denn wer konnte mehr für Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen oder als diejenigen Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen einen großen Auftrag.

Gemeinsam muß es uns darum gehen, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten. Wir können dort Zeichen setzen, wie in einem Europa der Vielfalt die verschiedenen Völker und Kulturen einträchtig zusammenleben.

Dazu gehören die Bereitschaft zur Toleranz, die Achtung vor dem Nächsten, auch wenn er eine andere Sprache spricht, wozu er ein selbstverständliches Recht hat. Dazu gehört unverzichtbar der Schutz der Minderheitenrechte.

Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung anläßlich meines Besuches in Polen im November 1989 haben wir Fortschritte erzielt. Ministerpräsident Mazowiecki und ich erklärten damals:

"Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungsweise polnischer Abstammung sind oder die sich zu Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten."

Es bleibt noch viel zu tun, damit die Menschen, die dort leben, ihre Kultur, ihr Brauchtum, ihre Traditionen pflegen können. Sie wollen sich in der Sprache ihrer Mutter ausdrücken können - nicht zuletzt auch im Gottesdienst. Ich meine, in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit sollte dies alles selbstverständlich sein.

In unserer gemeinsamen Erklärung hieß es auch:

"Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt."

Aus dem Geist eines neuen Vertrauens wollen wir diese Zukunft gestalten. Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können, ohne deutsch-polnische Partnerschaft wird es sich nicht vollenden lassen.

Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zusammenleben - ein Haus der Freiheit für alle Europäer, wie es in den Worten Konrad Adenauers aus dem Jahre 1961 ausgedrückt ist. Diese europäische Friedensordnung muß sowohl die Demokratien Nordamerikas als auch die Sowjetunion einschließen.

Amerika ist auf dreifache Weise in Europa verankert: durch die Atlantische Allianz, durch eine intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft sowie durch die aktive Rolle Amerikas im KSZE-Prozeß.

Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen - politisch, in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell.

Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hinein hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.

Die Werke von Wassily Kandinsky und Dimitrij Schostakowitsch gehören allen Europäern. In den Romanen von Alexander Solschenizyn und Boris Pasternak spiegeln sich nicht nur bewegende Teile der europäischen Geschichte, sie sind auch ein Bekenntnis zur Humanität und Würde des einzelnen. Der gebürtige Russe Marc Chagall hat mit seinen großartigen Werken - ich denke an die Kirchenfenster in Mainz und Metz - Brücken der Kunst zwischen den europäischen Völkern geschlagen. Er verkörpert damit wie wenige die gemeinsame christlich-jüdische Tradition Europas.

Vor zwei Jahren beging Rußland das tausendjährige Jubiläum seiner Christianisierung. Einmal mehr wurden wir daran erinnert, daß dieses große Volk jene geistige Grundlage mit uns teilt, auf der die Idee von der unveräußerlichen Würde des einzelnen Menschen beruht.

Die historisch-kulturelle Verbundenheit mit Europa hat eine lange Tradition. Sie kann jetzt für die Zukunft endlich auch politisch wieder fruchtbar gemacht werden.

Hierfür bietet sich zum einen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an, die mit der weiteren Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein wichtiges Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden kann. Dabei geht es um neue Formen ständiger Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung - unabhängig von der Größe

oder Wirtschaftskraft eines Landes.

Zum anderen gilt es, noch stärker als bisher den Europarat als Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu nutzen. Er symbolisiert wie kaum eine andere Institution die Einheit Europas im Geist der Menschenrechte.

Heute und in Zukunft müssen die deutsch-sowjetischen Beziehungen dem gemeinsamen Ziel aller Europäer dienen, in freier Selbstbestimmung ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen. In diesem europäischen Rahmen haben wir auch die Chance, eine neue Epoche in unseren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu gestalten.

Morgen jährt sich der Tag, an dem im Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte. Damit begann das schrecklichste und zugleich schmerzlichste Kapitel zwischen Deutschen und Russen sowie den anderen Völkern der Sowjetunion. Wir haben die Millionen Opfer, die unsagbaren Leiden der Menschen und die Verwüstungen nicht vergessen.

Ich habe anlässlich des 45. Jahrestages des Kriegsendes Präsident Gorbatschow geschrieben:

"In diesen Tagen, in denen sich auch die Völker der Sowjetunion anschicken, des 45. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, möchte ich Ihnen und Ihren Mitbürgern unsere Verbundenheit in der Trauer um die Millionen Opfer, die dieser schreckliche Krieg in Ihrem Land gefordert hat, versichern. Auch wir Deutsche schließen sie in unsere Gedanken ein und bekunden den trauernden Familien unser Mitgefühl.

Wir Deutsche haben aus diesen bitteren Jahren der Geschichte gelernt und die Folgerungen gezogen. Gerade in dieser für uns Deutsche wichtigen Zeit, in der wir - nicht zuletzt auch dank der von uns in Moskau erreichten Verständigung - auf dem Wege zur staatlichen Einheit fortschreiten, möchte ich wiederholen: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!"

Letzte Woche hat mir Präsident Gorbatschow geantwortet. Er schreibt:

"In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird das politische Klima in Europa in vieler Hinsicht von den Entscheidungen abhängen, die wir treffen werden. Ich gehe von unserer beiderseitigen Bereitschaft aus, so zu handeln, daß wir unseren Völkern den Weg ins kommende Jahrhundert auf einer qualitativ neuen Grundlage erleichtern."

In unserem Verhältnis zur Sowjetunion ist in besonderem Maße historisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch politische Gestaltungskraft gefordert. Wir Deutsche stehen deshalb zu unserem Wort, die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion, zu achten. Dabei bleibt es für mich bei den Leitsätzen, die ich nach meiner Begegnung mit Präsident Gorbatschow im Februar dieses Jahres von dieser Stelle aus vorgebracht habe:

"Die Geschichte dieses Jahrhunderts ... zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland. Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht."

Meine Damen und Herren,

die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO liegen auch im Interesse der Sowjetunion. Beides erhöht die Stabilität und die Sicherheit in ganz Europa. Uns eröffnet sich jetzt die Chance, eine neue Phase der europäischen Geschichte einzuleiten, eine Phase, in der die Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, in der die europäischen Völker Sicherheit nur noch im Miteinander finden werden. Das bedeutet auch für die Sowjetunion den Durchbruch zu einer neuen Qualität der Sicherheit, die auch sie durch hochgerüstete Armeen niemals allein gewinnen wird.

Für die Lösung der jetzt anstehenden Fragen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche wird in den nächsten Monaten auch der Erfolg vielfältiger Verhandlungen entscheidend sein, in

denen die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vorbereitet wird.

Erstens geht es um die Umgestaltung der Bündnisse selbst. Der Warschauer Pakt hat kürzlich eine Kommission berufen, die bis zum Herbst Vorschläge für seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten erarbeiten soll, der auf demokratischen Prinzipien beruht. Wir begrüßen diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit und hoffen auf Ergebnisse, die den tiefgreifenden Veränderungen Rechnung tragen.

Unser Atlantisches Bündnis wird bereits auf dem Gipfeltreffen Anfang Juli in London entsprechend den Vorschlägen von Präsident Bush seine Entscheidungen treffen. Wir werden die künftige Rolle, die Strategie und die militärische Struktur der Atlantischen Allianz neu bestimmen. Auch wir ziehen damit die Schlußfolgerungen aus den grundlegenden politischen und militärischen Veränderungen, die sich in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten vollziehen. Wir wollen damit den politischen Charakter des Atlantischen Bündnisses verstärken und sein militärisches Gewicht den neuen Verhältnissen anpassen.

Darüber hinaus stellt sich uns die politische Schlüsselaufgabe, in einer gemeinsamen Willenserklärung der Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts zukunftsgerichtet zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnisssysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten, und ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind das zweite Feld, auf dem wir - parallel zu unserem Weg zur deutschen Einheit - auf Fortschritte und Erfolge setzen müssen. Dies gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.

Noch in diesem Jahr und rechtzeitig zum KSZE-Sondergipfel im November soll und muß ein erstes Abkommen in Wien fertiggestellt werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß sich Präsident Bush und Präsident Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen in Washington hierauf verständigt haben. Im Verlauf der Wiener Verhandlungen soll nach allgemeinem Verständnis auch über die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands und ebenso der anderen Teilnehmerstaaten verhandelt werden.

Aber Sicherheit in Europa kann unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr nur in militärischen Gleichgewichtsrechnungen, in Waffenzahlen und in Personalstärken definiert werden. Wirtschaftliche Kooperation ist die dritte Säule der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, denn eine immer weiter fortschreitende Verflechtung Europas durch Handel und durch wirtschaftliche Kooperation bildet Vertrauen und stärkt damit die Stabilität.

Deshalb ist es auch ein unerläßlicher Beitrag zur europäischen Sicherheit, wenn wir heute als Bundesrepublik Deutschland und morgen als geeintes Deutschland unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn umfassende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik anbieten. Wir müssen insbesondere bereit sein, ihnen, wenn sie dies wünschen, auf ihrem Reformweg hin zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaat und zu Marktwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Angesichts der Größe und der Bedeutung dieser Aufgabe können wir Deutsche sie selbstverständlich nicht allein schultern; wir brauchen das Zusammenwirken möglichst aller westlichen Partner. Ich habe deshalb alle unsere Partner gebeten, diese Fragen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche in Dublin und auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli ... zu besprechen. Von dort sollte nicht nur ein Signal zur politischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen. Wir Deutsche sind zu einem entsprechenden Beitrag bereit.

Wir sind auch bereit, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion nach der Vereinigung Deutschlands auf eine weiterführende vertragliche Grundlage zu stellen. Nicht zuletzt geht es darum, daß wir für die zukünftige Sicherheitsarchitektur Gesamteuropas feste Fundamente

legen. Sie sollen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu bewährten Institutionen, wie beispielsweise der NATO, dienen. Wir wollen gesamteuropäische Institutionen im Rahmen der KSZE schaffen. Hierzu sind von allen Seiten weiterführende Vorschläge eingebracht worden. Es ist jetzt an der Zeit, sie zu bündeln und zu Ergebnissen zu bringen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir befinden uns auf einem guten Weg, um jetzt die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit allen unseren Partnern in West und Ost zu lösen. Ich bin gemeinsam mit allen anderen zuversichtlich, daß wir dies auch zeitgerecht schaffen können. Präsident Gorbatschow hat mir das in diesen Tagen noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Bundesregierung und ich selbst werden keine Zeit versäumen; wir wollen jede Chance zum Erfolg nutzen.

Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbinden sich die Hoffnungen von vielen Menschen und Völkern. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert enthält die Tagesordnung viele Themen, die wir nur in einer umfassenden Anstrengung aller freien Völker angehen können. Gemeinsam müssen wir für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird.

Die damit verbundenen Aufgaben sind nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit zu lösen. Dazu gehört unverzichtbar die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dazu gehört der Beitrag aller Staaten in Europa, auch der Sowjetunion.

Die Einheit Deutschlands und Europas rückt näher.

Wenn Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, heute dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR sowie der vorliegenden Entschließung über den endgültigen Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen zustimmen, haben wir wieder eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin zurückgelegt.

Vergessen wir niemals: Die Chance, die sich uns in diesen Monaten eröffnet, nimmt uns zugleich in beispielloser Weise in die Pflicht.

Ich rufe Sie, ich rufe uns alle und alle Deutschen dazu auf, daß wir uns dieser historischen Pflicht stellen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/9-12): >>... Eines von Parkinsons neueren Gesetzen lautet: Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerücht, Geschwätz und Gift. Bei dem Tabuthema Vertreibung und Vertreibungsverbrechen bedeutet das nicht nur, daß – wie schon angedeutet – naive Spekulationen wuchern, sondern auch, daß gewisse Legenden des polnischen Nationalismus fast widerstandslos bei uns eindringen können.

... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 über eine "Erklärungen der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen" (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie) ... ist ein anschauliches Beispiel für die Unsterblichkeit gewisser politischer Legenden.

Als Legende Nr. 1 wäre die Westverschiebung Polens zu nennen. Dazu der Abgeordnete Dr. Ehmke von der SPD (Seite 17.152 des Plenarprotokolls): "Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens abgeben. Millionen Menschen, die die Grauen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen überlebt hatten, mußten auf Wanderschaft gehen."

Ähnlich der Abgeordnete Dr. Dregger/CDU (Seite 17.202 des Protokolls): "(Das polnische Volk) mußte die von Hitler und Stalin beschlossene vierte Teilung seines Landes ertragen. Seine Westverschiebung hat es, wenn ich richtig sehe, nicht glücklich gemacht. Diese sog. Westverschiebung bedeutet für uns den Verlust Ost- und Westpreußens, von Danzig, von Teilen Pommerns, von Ostbrandenburg und Schlesien."

Der Kompensationsgedanke hat trotz erheblicher moralischer Bedenken gegen das Prinzip offenbar eine gewisse Faszination. Man betrachtet die Landkarte, vergleicht die Territorien, stellt sich gewaltige Ströme polnischer Ostflüchtlinge vor und die Welt scheint irgendwie in Ordnung zu sein.

So einfach liegen die Dinge allerdings wieder nicht. Daß die ehemals polnischen Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie eine Frucht der großpolnischen Expansionspolitik nach dem Ersten Weltkrieg darstellten und immer mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Trotz der polnischen Siedlungs- und Kolonialpolitik und trotz frasierter Statistiken konnte Warschau in diesen Landesteilen 1939 nur einen polnischen Bevölkerungsanteil von 36 % vorweisen, ein Prozentsatz, der etwa dem der Deutschen in den Abtretungsgebieten des Deutschen Reiches von 1919 entsprach. Nach russischen Schätzungen vom Oktober 1939 - mindestens ebenso frisiert - waren von der Gesamtbevölkerung Ostpolens in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen sogar 10 Millionen Ukrainer bzw. Weißrussen.

Genauere Zahlen lassen sich nur schwer ermitteln. Fest steht, daß in den fünfziger Jahren 1,5 Millionen "Ostpolen" im ganzen polnischen Machtbereich gezählt wurden. Bedenkt man weiter, daß aus Polen selbst nach 1945 518.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, fast 200.000 Juden auswanderten und außerdem rund 1 Million Volksdeutsche aus Polen vertrieben wurden, dann bleibt für Kompensationsgedanken kein Platz mehr.

Die ostpolnischen Vertriebenen und sogar die Umsiedler aus dem Inneren der Sowjetunion usw. hätten in den verlassenen Siedlungen der Minderheiten untergebracht werden können, ohne die polnische Westgrenze auch nur um einen Meter zu verschieben. Die Annexion ostdeutscher Gebiete mit einer Vorkriegsbevölkerung von rund 9 Millionen und die Vertreibung ihrer Bewohner hat mit Kompensation sicher nichts zu tun.

Die sog. polnischen Ostprovinzen sind zwar flächenmäßig um ca. 65 % größer als die Oder-Neiße-Gebiete, aber sehr dünn besiedelt; abgesehen vom südlichen Teil (Galizien) handelt es sich um wenig entwickelte Wald- und Moorlandschaften (Pripjet-Sümpfe). Molotow schätzte ihren Wert auf 3,5 Milliarden Dollar, den Wert der ostdeutschen Länder auf 9,5 Milliarden. Der nordamerikanische Außenminister Byrnes schätzte den letzteren Wert auf 11,3 Milliarden Dollar.

Am Nationaleinkommen gemessen, ergibt sich nach polnischen Schätzungen sogar eine Wertrelation von 3,4 zu 18 Milliarden Zloty.

Die zweite unausrottbare Legende ist die vom Ausrottungskrieg gegen Polen. Dazu Bundeskanzler Kohl (Seite 17.143 des Protokolls): "Dem polnischen Volk hatte er (Hitler) den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden."

Selbst dem historischen Laien wird auf den ersten Blick die Widersprüchlichkeit des Begriffs "Versklavungs- und Ausrottungskrieg" auffallen; denn Ausrotten steht ja wohl im Gegensatz zum Versklaven (einen Toten kann man nicht versklaven). – Der historisch Interessierte wird sich daran erinnern, daß es kein einziges Dokument gibt, das für Polen eine Art "Endlösung der Judenfrage" vorsah. In seinen geheimen Tischgesprächen äußerte Hitler vielmehr wiederholt die Absicht, das östliche Nachbarvolk – wenn auch unter deutscher Vormundschaft und als Nation minderen Ranges – fortbestehen zu lassen.

Unbestritten allerdings sind die hohen Kriegsverluste der Polen, d.h. der polnischen Polen, nicht der polnischen Nationalitäten im polnischen Vielvölkerstaat vor 1939; ihre Schicksale stellen ein Kapitel für sich dar.

Von den polnisch sprechenden Kriegsopfern starben nach amerikanischen Untersuchungen im deutschen Besatzungsgebiet rund 570.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen und durch Terror,

im sowjetisch besetzten Teil ca. 750.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen, durch Terror und vor allem durch Deportationen. Die polnische Seite dagegen spricht bis heute gern von "6 Millionen polnischen Opfern des deutschen Überfalls".

Eine weitere Legende besagt, der Zweite Weltkrieg habe Polen arm gemacht. Es sei daher eine moralische Pflicht der Deutschen, Polen laufend und massiv finanziell zu unterstützen. Besonders in den Diskussionsbeiträgen der Grünen war diese Argumentation mehrfach anzutreffen, z.B. bei Frau A. Vollmer (Seite 17.177 des Protokolls) und Dr. Lippelt (Seite 17.156 und 17.157). Letzterer führte u.a. aus: "Regeln Sie endlich die Individualentschädigung für die während des Krieges zur Zwangsarbeit versklavten polnischen Bürger. ... Denn die Grenze, über die wir hier reden, wird den schlimmen Charakter einer Wohlstandsgrenze haben."

Hier ist anzumerken, daß die deutsch-polnische Grenze immer (eine) Wohlstandsgrenze war und, wenn kein Wunder geschieht, auch bleiben wird. Schon 1921 bemerkte der weltberühmte Nationalökonom John Maynard Keynes, ein Mann der es wissen mußte, Polen besitze "kein Gewerbe außer Judenhetze".

Auch der Erwerb riesiger Teile der Ukraine, Weißrußlands und des wirtschaftlich wertvollsten Teils des oberschlesischen Industriegebiets nach dem Ersten Weltkrieg brachte keine Veränderung, und die Annexion eines Viertels des deutschen Staatsgebiets unter totaler Ausraubung seiner Bewohner hat nach 1945 nicht zu einem Aufblühen Polens, sondern nur zu einer beispiellosen Architektur-, Kultur- und Landschaftszerstörung in Ostdeutschland geführt; nach Expertenmeinung erreicht Polen heute in Oberschlesien den Europarekord der Umweltschädigung.

Kein Grund zur Besorgnis für Lech Walesa: In einem Interview mit dem Figaro-Magazin meinte der Volkstribun, man müsse das Beste aus Kapitalismus und Sozialismus miteinander verbinden. "Der Kapitalismus ist leistungsstark und im Sozialismus braucht man nicht viel zu arbeiten, und das muß man beibehalten."

Wie das gehe? "Mit Computern ist das zu schaffen!"

Dazu Johannes Gross sarkastisch im FAZ-Magazin: "Nicht unsympathisch die Devise: Faulheit, Freiheit, Frömmigkeit."

Obwohl man sich östlich von Oder und Neiße die Früchte von 800 Jahren fleißiger Arbeit unzähliger Millionen Menschen angeeignet hat, will man in Warschau nicht nur den Raub entschädigungslos behalten, sondern fordert noch einen Nachschlag:

Die Entschädigung für die Zwangsarbeit einer Million polnischer "Fremdarbeiter" innerhalb einer Zeitspanne von annähernd fünf Jahren, für den Zeitverlust polnischer Kriegsgefangener (sie wurden übrigens nach der Genfer Konvention behandelt), für Invaliden etc. sollte nicht weniger als 537 Milliarden Mark betragen, wie am 5. März 1990 der Presse zu entnehmen war. Wohlgemerkt: nicht Millionen, sondern Milliarden und nicht als Verrechnungsposten mit deutschen Entschädigungsforderungen, sondern als Zugabe.

Die letzte und vielleicht erschreckendste Legende, die man im Bundestag am 21. Juni hören konnte, war die von der Kollektivschuld. Während der bereits zitierte Abgeordnete Lippelt (Die Grünen) die Oder-Neiße-Anerkennung "aus Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" forderte (Seite 17.155 des Protokolls), konstatierte Bundesminister Genscher, Ostdeutschland sei "verloren (worden) durch einen verbrecherischen Krieg und ein verbrecherisches System" (Seite 17.158).

Beim Studium der Geschichte wundert man sich oft, wie leicht allgemein verbreitete Wahnvorstellungen rein mit dem gesunden Menschenverstand zu durchschauen gewesen wären ... und nicht durchschaut wurden.

Beim Hexenwahn hätte die Frage genügt, welche Frau auf die Folter NICHT gestehen würde, ein Hexe zu sein, und bei der Kollektivschuld genügte z.B. die Frage, wieviele Russen man nach dieser Logik denn töten oder vertreiben müsse, um das verbrecherische Sowjetsystem

angemessen zu sühnen?

Die Schätzungen über die Morde des Sowjetsystems schwanken zwischen 49 und 66 Millionen, und darüber hinaus haben "die Russen" – um in der Kollektivschuld-Diktion zu bleiben – während des 2. Weltkriegs fast alle Nachbarländer überfallen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Persien, den asiatischen Kleinstaat Tannu-Tuwa, Japan und in unseren Tagen Afghanistan. Ein schlauer Nazi könnte den Ball sogar zurückspielen und für Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion auch "Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" verlangen.

Man müßte hier außerdem auf die verständliche Sorge in deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen verweisen, weil nun der Eindruck entsteht, Völkervertreibung und Völkermord seien unter gewissen Umständen legitim.

Aufschlußreich wäre auch eine Untersuchung über die Parallelen zwischen Deutschenhaß und altchristlichem Antisemitismus (Kollektivschuld der Juden am Gottesmord). Um den Rahmen dieser Abhandlung nicht zu sprengen muß ein kurzes historisches Stichwort genügen.

Und zwar sollen einige Originaldokumente zum Vorwurf der Kriegsschuld des ganzen Volkes für sich sprechen. Der Schweizer Diplomat Carl J. Burckhardt z.B. war als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert. In seinem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland:

"Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisition einsetzte. ... Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind."

Der amerikanische Diplomat Kennan, damals Mitglied der US-Botschaft in Berlin und nicht sonderlich deutschfreundlich, berichtet:

"Die Berliner selbst – ich meine die einfachen Leute – waren von allen Bevölkerungsteilen in Stadt und Land am wenigsten vom Nazismus angesteckt. Sie grüßten einander nach wie vor mit "Guten Morgen" anstatt mit dem obligatorischen 'Heil Hitler'. Sie zeigten auch keine besondere Kriegsbegeisterung.

Ich kann bezeugen (weil ich an jenem Tage mitten unter ihnen in einer großen Menschenmenge auf dem Pariser Platz vor unserer Botschaft stand), daß sie die Siegesparade anlässlich der Beendigung des Polenfeldzuges mit zurückhaltendem, mürrischen Schweigen an sich vorüberziehen ließen. Trotz heftigsten Bemühens gelang es den berufsmäßigen Nazi-Agitatoren nicht, ihnen Zeichen des Hochgefühls oder der Zustimmung zu entlocken. Die Nachricht von der Einnahme von Paris (Juni 1940) wurde mit derselben Reserve und demselben undurchdringlichen Schweigen aufgenommen."

Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zu diesem Thema. Als zum Beispiel 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, notierten die SD-Spitzel: "In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Straßen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. ... Auch in der Berliner Universität wurde am Schluß einer großen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlaßte die Studenten zu Begeisterungskundgebungen.

Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge."

Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gol-

lancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:

"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."

Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"

Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<